

Newsletter des Deutschen Behindertenrates 5/2024

Liebe Leser*innen,

früh am Morgen des 5. Juli 2024 sollen sich Bundeskanzler Scholz, Finanzminister Lindner und Wirtschaftsminister Habeck auf einen Bundeshaushalt 2025 geeinigt haben. Ein Blick in den Koalitionsvertrag zeigt allerdings: da sind noch viele behindertenpolitische Versprechen nicht eingelöst. Die Ampelregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode längst überfällige Reformen angekündigt, damit „Deutschland in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens insbesondere in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Gesundheit und im Digitalen Bereich barrierefrei wird. Zudem sollen private Anbieter von Gütern und Dienstleistungen zum Abbau von Barrieren oder, soweit dies nicht möglich ist, zum Ergreifen von angemessenen Vorkehrungen verpflichtet werden.“ Der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat Deutschland im Rahmen des Staatenprüfungsverfahrens zum wiederholten Mal aufgefordert, die bestehenden gesetzlichen Regelungen zu verschärfen und auch private Anbieter von Gütern und Dienstleistungen zur Barrierefreiheit, mindestens aber zu angemessenen Vorkehrungen im Einzelfall zu verpflichten.

Der von Bundesminister Heil schon angekündigte Gesetzesentwurf zur Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes liegt längst in der Schublade, wurde aber bisher in der Ampel noch vom Finanzministerium blockiert.

Nach der Einigung zum Haushalt 2025 müsste nun eigentlich der Weg eigentlich frei sein, die lang geforderte BGG-Reform auf den Weg zu bringen, damit Menschen mit Behinderungen endlich eine Chance auf gleichberechtigte Teilhabe bekommen. Nun gehen die Abgeordneten erst mal in die Sommerpause bis Anfang September. Der Deutsche Behindertenrat bleibt dennoch weiter am Ball. Ein weiteres Hinauszögern der BGG-Reform wäre inakzeptabel.

Neues aus der Arbeit des DBR

Am 3.7.2024 fand die dritte Sitzung des DBR-Arbeitsausschusses in Präsenz in der Bundesgeschäftsstelle des VdK statt. Allen Teilnehmer*innen ein herzliches Dankeschön fürs Kommen und die rege Beteiligung.

In der Nacht auf den 27. Mai warfen vermutlich Rechtsextreme einen Ziegelstein mit der Aufschrift „Euthanasie ist die Lösung“ auf ein Haus, in dem eine Wohnstätte der Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung untergebracht ist. Wenige Tage zuvor hatte es auch einen Anschlag auf die Lebenshilfe-Geschäftsstelle gegeben. Euthanasie bezeichnete in den Jahren 1933 bis 1945 die systematische Ermordung von

insgesamt etwa 216.000 Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen während der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland und den besetzten oder annektierten Gebieten.

Wenn die AfD immer wieder Sachfragen und eine politische Auseinandersetzung mit menschenfeindlicher Rhetorik, Fehlinformationen und Ausgrenzungstiraden gegen Bevölkerungsgruppen vermischt, fühlen sich Täter offenbar ermuntert, solche Anschläge zu verüben. Am Montag, den 1.7.24 veröffentlichte der AfD-Spitzenkandidat zur Europawahl, Maximilian Krah, ein Video auf der Plattform TikTok, in dem er das Angebot der Tagesschau in Einfacher Sprache als "Nachrichten für Idioten" bezeichnete. Nichts Neues für Funktionäre dieser Partei, erneut gegen Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu hetzen und die Zielgruppe der „Einfachen Sprache“ zu verunglimpfen. Der Deutsche Behindertenrat zeichnet die u. a. Erklärung mit, die auf eine Initiative der Bundesvereinigung Lebenshilfe und des Paritätischen Gesamtverbandes zustande gekommen ist, denn: Es geht uns alle an: Zusammenstehen für Menschlichkeit und Vielfalt! <https://www.deutscher-behindertenrat.de/ID299043>.

DBR Pressemeldung

Am 04.06.2024 wurde eine Pressemitteilung veröffentlicht: "Stehen Sie nicht länger auf der Bremse, Herr Buschmann!"

In dieser forderte der Deutsche Behindertenrat vom Bundesjustizminister ein klares "Ja" zum Schutz vor Diskriminierung auf nationaler und europäischer Ebene. Derzeit werden durch das Bundesjustizministerium zwei wichtige Vorhaben für mehr Barrierefreiheit und Diskriminierungsschutz sowohl im Bund als auch auf EU-Ebene blockiert. Aufrufbar unter: <https://www.deutscher-behindertenrat.de/ID299022>

Runder Tisch zu schwerstbehinderten Kindern und ihre Familien“ (BMG, BMAS, BMFSFJ)

Am 26. Juni 2024 fand der vom Bundesgesundheitsministerium initiierte und ressortübergreifend unter Beteiligung des BMAS und des BMFSFJ organisierte Runde Tisch „Familien mit schwerst-mehrfach behinderten Kindern“ statt. Neben hochrangigen Vertreter*innen der Ministerien waren auch der Bundesbehindertenbeauftragte Jürgen Dusel sowie Abgeordnete des Bundestages dabei. Auch die Verbändelandschaft war breit vertreten. Ziel der Veranstaltung war, die die Bedarfe von Familien mit schwerst-mehrfach behinderten Kindern zu erörtern und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Betroffenen zu identifizieren. Prof. Dr. Lauterbach stellte zahlreiche Maßnahmen des BMG mit Auswirkungen auf schwerst-mehrfachbehinderte Kinder und ihre Familien vor, die bereits umgesetzt wurden bzw. sich in der Umsetzung befinden. Lauterbach verwies auf Verbesserungen im Bereich Pflege, u. a.

Anspruch auf Kurzzeitpflege in anderen geeigneten Einrichtungen, die nicht durch einen Versorgungsvertrag mit den Pflegekassen zur Kurzzeitpflege zugelassen sind, auf die Beschleunigung der Hilfsmittelversorgung und Verbesserungen für Kinder mit psychischen Beeinträchtigungen und die Erweiterung der Altersgrenze bei SPZ bis zum 21. Lebensjahr im Rahmen des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG). Anschließend waren die Verbände aufgerufen, weitere Maßnahmen zu identifizieren und zu sammeln.

Fachtagung in Kassel: DBR-Sprecherin Verena Bentele hat am 20.6.2024 auf der Fachtagung „Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland, Österreich und der Schweiz – Ausblicke nach den Prüfungen der Staatenberichte“ im Science Park Kassel einen Impuls aus deutscher Sicht gegeben. Link zur Fachtagung: <https://www.reha-recht.de/zip-natar/fachtagung-2024>.

Weitere Hinweise und Informationen

BV Lebenshilfe: Auf die Lebenshilfe Mönchengladbach wurden mutmaßlich rechts-extremistische Anschläge verübt (s. a. <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/an-griff-wohnheim-moenchengladbach-100.html>).

Am 6. Juni 2024 um 17 Uhr fand an der Hauptkirche Rheydt in 41236 Mönchengladbach eine Solidaritätsbekundung "Nie wieder ist Jetzt" statt, s. a. <https://www.lebenshilfe.de/wir-fuer-menschlichkeit-und-vielfalt/moenchengladbach>.

Pressemeldung ABiD zum Angriff auf das Wohnheim der Lebenshilfe in Mönchengladbach, siehe: [Der ABiD e. V. verurteilt den feigen Angriff auf das Wohnheim der Lebenshilfe in Mönchengladbach. | ABiD e.V. \(abid-ev.de\)](#)

ABiD-Institut Behinderung & Partizipation e.V. (IB&P) und INKuLtur (Austausch e.V.) präsentierten an den Inklusionstagen des BMAS ihre Wanderausstellung „über-ZEUGEN: Geschichten von Menschen mit Behinderungen in Deutschland und der Ukraine“ am 3. und 4. Juni im Rahmen der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales organisierten Inklusionstage 2024 in Berlin.

<https://www.abid-institut.de/ausstellung-ueberzeugen-auf-den-inklusionstagen-2024/>

Der DBSV hat die DBR-PM (s. o.) in seinen Newsletter übernommen.

<https://www.deutscher-behindertenrat.de/ID299022>

DBSV - anlässlich des Sehbehindertentages am 6. Juni griff der DBSV das Thema "Kreuzungen" auf. Der DBSV startet deshalb sein Projekt "Die schlimmste

Kreuzung". Die Kampagne stellt sehbehinderten und blinden Menschen Materialien zur Verfügung, um das Thema "Kreuzungen" auf lokaler und regionaler Ebene aufzugreifen. Dabei wird jeweils in einem Ort beziehungsweise in einer Region die schlimmste Kreuzung für sehbehinderte und blinde Menschen "ausgezeichnet". Die ersten Aktionen dieser Art finden nun anlässlich des Sehbehindertentages 2024 statt und werden sukzessive veröffentlicht unter: www.sehbehindertentag.de

VdK Pressemeldung: VdK: Bundesjustizministerium steht Barrierefreiheit im Weg. VdK-Präsidentin: „Fehlende Barrierefreiheit als Diskriminierung im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verankern“ - EU-Wahlen stellen Weichen für viele behindertenpolitische Entwicklungen. Siehe https://kommunikation.vdk.de/newsletter_web.php?id=300_UWDIBCEmtROV4ofq.

Bundesfachstelle Barrierefreiheit – gemeinsame PM mit BMAS: Der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, hat zum fünften Mal den Bundesteilhabepreis verliehen. Im Rahmen der jährlichen Inklusionstage überreichte er den drei Preisträgerinnen und Preisträgern eine Urkunde. Der Wettbewerb zum Thema „GESUNDHEIT INKLUSIV - barrierefreie ambulante Gesundheitsversorgung für Menschen mit Behinderungen“ zeichnet bundesweit herausragende Projekte aus und ist mit insgesamt 17.500 Euro dotiert. <https://www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/bundesteilhabepreis-2023-verliehen.html>.

Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie: Die Bundesregierung lädt ein, sich an der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie über eine Online-Plattform zu beteiligen. Interessierte können ab sofort bis zum **26. Juli 2024** mitdiskutieren und Ideen einbringen, welche sie zur weiteren Umsetzung der Agenda 2030 für notwendig halten.

Die Online-Plattform erreichen Sie über www.dialog-nachhaltigkeit.de. Auf dieser Seite ist eine Anmeldung notwendig, die auf die Beteiligungsseite führt.

Die Bürgerbeteiligung hat im letzten Jahr mit den Dialogkonferenzen in Berlin und Bremen begonnen. Grundlage für Ihre Stellungnahmen ist die Dialogfassung zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Sie wurde von den Ressorts unter Federführung des Bundeskanzleramtes erarbeitet und bildet den derzeitigen Stand nachhaltiger Entwicklung in Deutschland ab.

ISL e. V. - das Projekt geh-denken-inklusiv geht weiter und hat neue Informationen: „Die unsicheren politischen Zeiten, in denen immer mehr Menschen rechtspopulistischen und rechtsradikalen Ideen nachgehen, stehen für eine ausgrenzende Ideologie, der wir etwas entgegensetzen müssen. Die Geschichte des Nationalsozialismus und deren Auswirkungen im Heute können unsere politische Agenda der

Vielfalt nachhaltig unterstützen. Deshalb haben wir das partizipative Projekt „gehdenken inklusiv“ ins Leben gerufen, um sich der Geschichte der NS- „Euthanasie“-Morde und Zwangssterilisation und deren Auswirkungen im Heute aus der Perspektive von Menschen mit Behinderungen anzunähern. Wir wollen Menschen mit Behinderungen und deren Unterstützer*innen ermutigen sich an der Erinnerungskultur zu beteiligen. In unserem Teilprojekt #einstimmegeben-t4 lassen wir Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige, die sich schon länger mit den Themen NS-Morde und Zwangsterilisation befassen, zu Wort kommen. Dafür haben wir das Format die Podcasts gewählt.

In Insgesamt vier Folgen, welche nach und nach veröffentlicht werden, führen wir spannende und teils bewegende Gespräche. Die Podcasts findet ihr unter anderem auf unserer Homepage <https://www.geh-denken-inklusiv.de>, auf YouTube unter folgendem Link: <https://www.youtube.com/watch?v=HulzvoOthAE&t=10s> oder auf Spotify: <https://open.spotify.com/show/21XDLYH4Rcr-LaX3abcl2NZ?si=a109c6eae90d46a8>.

Außerdem gehen wir mit unserem Projekt auf Tour (Un-)Wertes Leben on Tour! Kommt uns besuchen an den Gedenkorten der Opfer und gebt ihnen mit uns eine mahnende Stimme. Wir brauchen euch!“

ISL - Pressemitteilung zum Thema Außerklinische Intensivpflege mit einem Schreiben des Bundesgesundheitsministers an die Versicherten der GKV, die AKI erhalten: Die Pressemeldung finden Sie hier: <https://leben-mit-aki.de/ausserklinische-intensivpflege-bmg-und-gkv-svversichern-versorgungsabbrueche-zu-vermeiden/>, den Brief von Prof. Dr. Lauterbach: https://leben-mit-aki.de/wp-content/uploads/2024/06/0173-Neu-MinSchreiben_VersicherteAKI.pdf.

Aus dem DBSV-Newsletter: DBSV-Justiziarin Christiane Möller kann von einem großen Erfolg der Blinden- und Sehbehindertenselbsthilfe in Brandenburg berichten: "Der Brandenburger Landtag hat das Gesetz zur Änderung des Landespflegegeldgesetzes und des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes beschlossen. Seit dem 1. Juli 2024 ist aus dem bisherigen Landespflegegeld ein Teilhabegeld mit wesentlichen Verbesserungen geworden. Die Leistungen für blinde Menschen erhöhen sich um 23 Prozent auf 425 Euro monatlich; Kinder erhalten die Hälfte. Neu eingeführt wird ein Taubblindengeld, das 850 Euro monatlich beträgt. Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen oder besonderen Wohnformen für behinderte Menschen, die bislang gänzlich ausgeschlossen waren, bekommen künftig ein gekürztes Teilhabegeld. Pflegeleistungen werden nur noch teilweise angerechnet. Zudem ist im Gesetz nun eine Regelung zur Dynamisierung festgehalten."

PM BSK e.V.: FDP – es reicht! Der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK) fordert das Bundesjustizministerium (BMJ) und speziell den Justizminister Marco Buschmann und auch den Bundesfinanzminister (BMF) Christian Lindner auf, die Blockadehaltung gegenüber der 5. EU-Gleichbehandlungsrichtlinie aufzugeben. <https://www.bsk-ev.org/service/aktuelles/detail/fdp-es-reicht>.

PM VdK - Benachteiligungsverbot: 30 Jahre im Grundgesetz, noch immer nicht mit Leben gefüllt: zu Benachteiligungsverbot, fehlender Verpflichtung Privater sowie zur Blockade der 5. EU-Gleichbehandlungsrichtlinie https://kommunikation.vdk.de/newsletter_web.php?id=428_cYU76aQyDmIKwVTh.

PM ISL: Arbeitgeber und Ausbilder aufgepasst: Florian Greß sucht einen inklusiven Ausbildungsplatz im Raum Regensburg im Bereich Büro, IT und Verwaltung, s. a. <https://isl-ev.de/aktuelles/arbeitgeberinnen-und-ausbilderinnen-aufgepasst-florian-gress-sucht-einen-inklusive-ausbildungsplatz-im-raum-regensburg-im-bereich-buero-it-und-verwaltung/>.

PM ISL: Pressemitteilung zur Grundgesetzergänzung, Barrierefreiheit und Ableismus. <https://isl-ev.de/aktuelles/30-jahre-grundgesetzergaenzung-was-beratungsstellen-der-antidiskriminierungsarbeit-ueber-barrierefreiheit-und-ableismus-wissen-wollten/>.

PM BV Lebenshilfe: Deutschland muss endlich inklusiver werden! 30 Jahre nach dem Benachteiligungsverbot für Menschen mit Behinderung im Grundgesetz zieht Bundesvorsitzende Ulla Schmidt eine ernüchternde Bilanz, <https://www.lebenshilfe.de/presse/pressemeldung/lebenshilfe-deutschland-muss-endlich-inklusive-werden>.

Veröffentlichungen

Bundesverbandes Caritas Kinder- und Jugendhilfe e. V.: die Kinder- und Jugendhilfe befindet sich an unterschiedlichen Stellen in einer systemischen Krise, die durch eine Vielzahl von Herausforderungen gekennzeichnet ist. Diese Krise erfordert dringend strategische Lösungen sowie kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen, um die Effektivität und Qualität der Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere der Hilfen zur Erziehung zu sichern. Das Strategiepapier des Bundesverbandes Caritas Kinder- und Jugendhilfe e. V. will Impulse geben, wie bundesweit auf den unterschiedlichsten Ebenen Lösungsperspektiven für eine zukunftsfähige Kinder- und Jugendhilfe entwickelt werden können. Orientierungspunkte sind dabei die Sicherung des Kindeswohls

einerseits und das Garantieren einer partizipativen Teilhabe an der Gesellschaft aller jungen Menschen andererseits, Papier siehe: <https://www.caritas.de/diecaritas/in-ih-rer-naehe/baden-wuerttemberg/positionen/systemkrise-in-der-kinder-und-jugendhilf>.

Neues Buch von H.-G. Heiden - „Behindertenrechte in die Verfassung! Der Kampf um die Grundgesetzergänzung 1990-1994“: Im Jahr 2024 gibt es für unsere Demokratie zwei bedeutende Jubiläen: 75 Jahre Grundgesetz und 30 Jahre Grundgesetzergänzung. In Artikel 3 Absatz 3 heißt es seit 1994 „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“. Doch der erfolgreiche Kampf der Behindertenbewegung für die Änderung des Grundgesetzes in den Jahren 1990 -1994 ist wenig bekannt und bisher noch nicht umfassend dokumentiert. Das vorliegende Buch ist deshalb ein Beitrag zur Aneignung der eigenen Geschichte. Mit einem Vorwort von Theresia Degener und einem Nachwort von Sigrid Arnade: H.- Günter Heiden: „Behindertenrechte in die Verfassung! Der Kampf um die Grundgesetzergänzung 1990-1994“. Beltz Juventa 2024, 222 Seiten. Print: 38,00 Euro, ePub und PDF 34,99 Euro. Seit 19. Juni 2024 im Buchhandel. E-Mail-Kontakt für Lesungen oder Veranstaltungen: H.- Günter Heiden – HGH-Si@t-online.de. Leseprobe und Inhaltsverzeichnis finden Sie unter: https://www.beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik_soziale_arbeit/produkte/details/52995-behindertenrechte-in-die-verfassung.html.

bag if: Bundesarbeitsgemeinschaft der Inklusionsfirmen hat eine Stellungnahme zum „Aktionsplans für Übergänge aus den Werkstätten für behinderte Menschen auf einen inklusiven Arbeitsmarkt“ veröffentlicht: https://bag-if.de/wp-content/uploads/2024/06/240619_Stn_Aktionsplan_bagif.pdf.

ADS - Jahresbericht 2023 der Antidiskriminierungsstelle: Beratungsanfragen steigen auf Rekordhoch an: 10.772 Menschen wenden sich wegen Diskriminierungen an das Beratungsteam der Antidiskriminierungsbeauftragten / Anstieg um mehr als 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ataman: „Alarmierender Trend - Menschen bekommen zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und Radikalisierung unmittelbar zu spüren“. Den Jahresbericht der ADS 2023 finden Sie hier: <https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2023.html>.

Bundeschfachstelle Barrierefreiheit – Jahresreport 2023: Die Bundeschfachstelle Barrierefreiheit hat verschiedene Unterstützungsangebote geschaffen, um Unternehmen bis zum Inkrafttreten des BFSG und darüber hinaus zu unterstützen. Die Bilanz für die Bundeschfachstelle Barrierefreiheit 2023: die Zahl der Erstberatungsanfragen ist 2023 im Vergleich zum Vorjahr um neun Prozent gestiegen. Die Zahl der Website-

Besuche nahm um 29 Prozent zu. Besonders häufig aufgerufen wurden die Seite zum Barrierefreiheitsstärkungsgesetz, die neue Rechtssammlung sowie die Inhalte zur digitalen Barrierefreiheit. Die ausführliche Bilanz der Tätigkeiten der Bundesfachstelle finden Sie im Jahresreport 2023: <https://www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de/SharedDocs/Downloads/DE/Veroeffentlichungen/jahresreport-2023.html?nn=cd42a4e2-380f-456e-8b8f-2dd14aff8c7a>.

CORRECTIV – Barrierefreiheit: Correctiv beschäftigt sich seit einigen Monaten mit dem Thema Barrierefreiheit und hat eine Recherche über Autismus im Erwachsenenalter veröffentlicht: <https://correctiv.org/barrierefreiheit/2024/06/17/unsichtbare-barrieren-autismus-im-erwachsenenalter/>. Die Recherche ist Teil des Projekts „Stopp! Wo kommst du nicht voran?“ Gemeinsam mit dem mdr haben wir uns damit beschäftigt, welche Barrieren im Alltag der Menschen vorkommen. Kann gerne in allen Netzwerken geteilt werden.

Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR) – Jahresbericht 2023: Als Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands ist es die Aufgabe des Instituts, die Verwirklichung der Menschenrechte in und durch Deutschland in den Blick zu nehmen. Welche Menschenrechtsthemen wir im vergangenen Jahr begleitet und überprüft haben, erfahren Sie in unserem Jahresbericht 2023: www.institut-fuer-menschenrechte.de/jahresbericht-2023.

Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V. (DVSG): Menschen in sehr unterschiedlichen Lebenslagen haben den Wunsch nicht mehr leben zu wollen. Es sind Situationen, in denen Menschen keine sinnvolle Lebensperspektive mehr haben, den Tod als Lösung sehen. Auch wenn die Würde des Menschen das Recht einschließt seinem Leben ein Ende zu setzen, ist aus Sicht der Deutschen Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e. V. (DVSG) das Angebot von Beratung und Unterstützung im Rahmen der Suizidpräventionsstrategie der Bundesregierung vorrangig. Sterbehilfe und Suizidprävention müssen zwingend gesetzlich geregelt werden. Mit einer Pressemitteilung formuliert die DVSG diesen dringenden Handlungsbedarf: https://dvsg.org/fileadmin/user_upload/DVSG/Service/Presse/Pressemitteilung_Suizidpraevention_2024-07-01.pdfv.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.: das Präsidium des Deutschen Vereins hat am 19. Juni 2024 Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. zu Assistenzleistungen nach dem SGB IX beschlossen. Die Assistenzleistungen wurden durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) mit Wirkung zum 1. Januar 2020 im SGB IX neu strukturiert, teilweise konkretisiert und als eigener Leistungstatbestand im gesetzlichen Leistungskatalog der Sozialen

Teilhabe eingeführt. Die vorliegenden Empfehlungen befassen sich mit der Umsetzung der neuen Regelungen zu den Assistenzleistungen im SGB IX. Ziel der Empfehlungen ist es, Ansätze zur Umsetzung und Abgrenzung der Assistenzleistungen von anderen Leistungen und Leistungsformen aufzuzeigen und Hinweise zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe in der Praxis zu geben, um individuelle Leistungen im Sinne des personenzentrierten Ansatzes zu ermöglichen. Die Empfehlungen richten sich in erster Linie an die Leistungsträger und Leistungserbringer der Eingliederungshilfe, aber auch an weitere Akteure aus dem Bereich der Eingliederungshilfe, insbesondere Beratungsstellen sowie Akteure des Betreuungswesens und die Leistungsberechtigten.

https://www.deutscher-verein.de/de/uploads/empfehlungen-stellungnahmen/2024/dv-27-23_assistenzleistungen.pdf.

Veranstaltungshinweise

Save the date: Der Presummit 2024 zum Global Disability Summit 2025 findet am 06.12.2024 im bcc Berlin Congress Center in der Alexanderstr. 11, 10178 Berlin statt. <https://www.bmas.de/DE/Soziales/Teilhabe-und-Inklusion/European-Regional-Disability-Summit/european-disability-summit-en-easy-read-art.html> .

DIFGB: Einladung zur Jahrestagung 2024 am 14 und 15. November 2024 in Berlin: Die Tagung wird in Kooperation mit der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V. ausgerichtet zum Thema „Kommunikation, Wissen, Orientierung - Digitale Technologien für Menschen mit geistiger Behinderung“. Das Programm sowie weitere (organisatorische) Informationen zur Tagung und Anmeldehinweise sind auf der Seite <https://www.inform-lebenshilfe.de/inform/veranstaltungen/termine/bv/240265-bv-Fachtag-DIFGB.php?splitId=0&from=2024-11-14%2014:00:00&to=2024-11-15%2014:30:00> abrufbar.

Jahrestagung der Aktion Psychisch Kranke (APK): Sie findet statt am 04. und 05. November 2024 (Fachtagung) und am 06. November 2024 (Selbsthilfefachtag) in Berlin, weitere Infos siehe: <https://www.apk-ev.de/veranstaltungen/jahrestagung/tagung-2024?contrast=1%27A%3D0&cHash=421be994c77812fbe2d6b36529a4636a> .

Das 6. Nationale Digital Health Symposium findet unter dem Motto "Präziser, schneller, besser? Optimiert die KI die Patientenversorgung und Forschung?": Weitere Infos und Anmeldeöglichkeit unter <https://www.tmf-ev.de/veranstaltungen/nationales-digital-health-symposium-2024>.

Monitoringstelle: Save-the-date /Ankündigung: Die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention und das Bochumer Zentrum für Disability Studies laden ein: „15 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland – das Recht auf selbstbestimmtes Leben und Wohnen endlich umsetzen!“. Online-Konferenz am Dienstag, den 10. Dezember 2024 von 10:30 bis 15:00 Uhr.

Presseankündigung „behindert + verrückt + solidarisch feiern - Pride Parade Berlin“ am 13. Juli 2024. Die Pride Parade gibt es dieses Jahr zum 11. Mal. Los geht es um 15 Uhr an der Hasenheide/Jahnstraße. Von dort wird dann zum Kottbusser Tor getanzt, weiter Infos siehe: <https://kobinet-nachrichten.org/2024/07/08/behindert-verrueckt-solidarisch-feiern-pride-parade-am-13-juli-2024/>.

Digitales Diskussionsforum der Sozialmedizinische Expertengruppe 6 (SEG 6) "Arzneimittelversorgung": Diskussionsforum.DIGITAL 2024: "Lieferengpässe und die Bedeutung für die Begutachtung der Medizinischen Dienste". Termin: Mittwoch, 25. September 2024 von 14:00 bis 17:00 Uhr als Videokonferenz.

Hinweis: Leider ist die Veranstaltung bereits ausgebucht. Die Veranstaltung wird aufgezeichnet, Sie können sie anschließend in der Mediathek der SEG 6 aufrufen. Weitere Infos unter: <https://www.md-wl.de/mdk/expertengruppen-seg/seg-6-arzneimittelversorgung/diskussionsforen-der-seg-6/anmeldung-zum-seg-6-diskussionsforum>.

Save the date - 14. Deutscher Seniorentag 2025 in Mannheim. Vom 2. bis 4. April 2025 findet in Mannheim der 14. Deutsche Seniorentag statt. In über 80 Veranstaltungen gibt es im Congress Center Rosengarten Vorträge, Mitmach-Angebote, Workshops und Podiumsdiskussionen. <https://www.deutscher-seniorentag.de/>.

Einladung zum Pilotbetrieb: vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr gefördertes Forschungsprojektes OPENER next: <https://www.openernext.de/de/> zum Pilotbetrieb am Magdeburger Hauptbahnhof ein. Während dieses Pilotbetriebes werden einige Partner die Projektergebnisse in einem Versuchsaufbau präsentieren. Ganz konkret werden Smartphones, auf denen eine erweiterte Version der Fahrplanauskunft für Sachsen-Anhalt INSA installiert ist, bereitgestellt und anhand verschiedener Szenarien die neuen Funktionen für ein barrierefreies ÖPNV-Routing erlebbar gemacht. Mithilfe einer sogenannten Indoor-Navigation können sich Fahrgäste durch

das Bahnhofsgebäude führen lassen, um so beispielsweise den Aufzug leichter zu finden. Der Fokus des Projektes liegt auf Menschen mit einer Mobilitätseinschränkung und das Projekt ist sehr an Feedback von betroffenen Menschen interessiert. Der Pilotbetrieb ist zwischen dem 22. Juli und dem 2. August geplant. Wer teilnehmen möchte kann sich an alexander.doering@nasa.de wenden oder unter Telefon 0391 53631-679 einen Termin vereinbaren.

DVfR - und ihre wissenschaftlichen Kooperationspartner laden herzlich ein zur Online-Diskussion: Das Recht auf Arbeit: Viel erreicht und noch mehr zu tun? – Online-Diskussion zur Umsetzung von Art. 27 UN-BRK nach der zweiten und dritten Staatenprüfung: In der aktuellen Online-Diskussion soll es vom 26. Juni bis 17. Juli 2024 insbesondere um die Kritikpunkte und Empfehlungen zur Umsetzung von Artikel 27 UN-BRK (Arbeit und Beschäftigung) gehen. Alle Interessierten sind eingeladen, einem Team aus Expertinnen und Experten ihre Fragen zu stellen und mitzudiskutieren. <https://fma.reha-recht.de/index.php?thread/1895-das-recht-auf-arbeit-viel-erreicht-und-noch-mehr-zu-tun-online-diskussion-zur-um/>.

Fachtagung „Die reformierte Eingliederungshilfe – Aktuelle Rechts- und Rechtsdurchsetzungsfragen“: Termin: Freitag, 9. August 2024, 9:00-17:30 Uhr
Ort: Martin-Luther-Universität, Hans-Ahrbeck Haus (Haus 31) der Franckeschen Stiftungen, Franckeplatz 1, 06110 Halle/Saale. Weitere Informationen, auch zur Anmeldung, finden Sie unter: https://www.jura.uni-halle.de/lehrstuehle_dozierende/nebe/aktuelles/2806330_2823797/.

Netzwerkveranstaltung - Europäische Vernetzung und Fördermöglichkeiten für inklusive Jugendarbeit und Jugendarbeit mit Menschen mit Behinderung: Netzwerkveranstaltung für inklusive (europäische) Jugendarbeit, die sich gezielt auch an Fachkräfte und Engagierte der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung richtet. Bei einer Veranstaltung können Fachkräfte und Engagierte mit europäischem Kolleg*innen in Kontakt treten, sich vernetzen und Ideen für erste Projekte im Rahmen der EU-Jugendprogramme entwickeln. Die Veranstaltung selbst ist inklusiv organisiert. Kontakt Hanna Schüssler (sie/ihr), Fachreferentin für Inklusion & Vielfalt bei JUGEND für Europa in Bonn, E-Mail: schuessler@jfemail.de, Infos zur Veranstaltung: <https://www.fjb-online.de/events/eu-foerdermoeglichkeiten-fuer-inklusive-europaeische-jugendarbeit-connect-for-inclusion-erasmus-youth-and-european-solidarity-corps/>.

AGJ – Save the date: Gemeinsame Online-Fachveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ und der National Coalition Deutschland -

Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention: Investitionen in Kinder und Jugendliche - Prioritäten setzen in Zeiten knapper Kassen. Datum 17. Oktober 2024 von 9.00 bis 11.00 Uhr. Die Anmeldung wird ab Anfang September 2024 möglich sein. <https://netzwerk-kinderrechte.de/veranstaltung/investitionen-in-kinder-und-jugendliche/> .

AGJ-Fachtagung zum 17. Kinder- und Jugendbericht (mit Jugendaudit) am 18./19. November 2024 in Berlin - Frühbucherrabatt sichern: ab sofort ist die Anmeldung für die Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ zum 17. Kinder- und Jugendbericht freigeschaltet ist. Die Informationen zum Programm und die Anmeldung finden Sie hier: <https://www.agj.de/veranstaltungen/anmeldung-17-kjb.html> .

Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd): Die nächste Veranstaltung im Rahmen der Onlinevortragsreihe richtet den Blick auf zivilgesellschaftliche Forderungen zur Reform des AGG. Zielgruppe der Vortragsreihe sind Antidiskriminierungsberater*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen, die zu Antidiskriminierung arbeiten sowie Interessierte, die mehr zum AGG und der anstehenden Reform erfahren möchten. Vortrag V: Rechtsmobilisierung und Rechtsdurchsetzung durch das AGG verbessern. Wann: 17. Juli 2024, 10:00 Uhr – 12:00 Uhr. Wo: Online via Zoom. Anmeldung unter:

<https://civicrm.antidiskriminierung.org/civicrm/event/info?id=115&reset=1> .

Save the date – hybride Fachkonferenz der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen - Bündnisse für die Mobilität der Zukunft: Die Fachkonferenz findet statt am 22. November 2024 von 10:00 - 17:00 Uhr. Mehr Infos unter <https://www.gruene-bundestag.de/gruene-mobilitaetskonferenz> .

Sonstiges

Un-Label: Qualifizierungsprogramm "Mehr Diversität in Kultur"

Jetzt bis zum 12. Juli 2024 bewerben! Projektzeitraum der ersten Runde (September 2024 bis Juni 2025). mit dem Programm „Mehr Diversität in Kultur“ bietet Un-Label von September 2024 bis Juni 2027 jährlich drei bis vier Kulturorganisationen aus ganz Deutschland die Möglichkeit einer umfassenden Qualifizierung zur Umsetzung ihres inklusiven Öffnungsprozesses. Mehr Infos unter: https://mailchi.mp/un-label/kreativlabor_arbeitsplatz-theater-inklusive-oeffnung-jetzt-13751632?e=13ed389bdd .

Stellenangebot des BiBeZ – Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum zur Förderung und Integration behinderter/ chronisch erkrankter Frauen und Mädchen e.V.: Sozialarbeiter*in /pädagog*in in Teilzeit gesucht ab 01.09.2024. Weitere Infos unter: https://www.bibez.de/images/bilder/pdf/Stellenausschreibung_Beratung_zum_01.09.2024.pdf.

Leichter Reisen – Barrierefreie Urlaubsziele in Deutschland: Infos <https://60n2w.r.sp1-brevo.net/mk/mr/sh/6rqJ8GoudeITQjp0N868xca6KFn/XzB-weyKal8TD>.

Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde einer Frau mit Behinderungen vor dem Landesverfassungsgerichtshof Berlin: Sie hatte 2020 ihren Vorgesetzten in einer Werkstatt für behinderte Menschen wegen sexueller Belästigung angezeigt. Die Ermittlungen wurden eingestellt, weil die Klägerin wegen ihrer kognitiven Beeinträchtigung angeblich nicht fähig sei, eine Aussage zu machen. Gegen diese Entscheidung hat sie sich vor Gericht gewehrt und jetzt Recht bekommen!
<https://www.frauen-gegen-gewalt.de/de/aktuelles/nachrichten/nachricht/erfolgreiche-verfassungsbeschwerde-einer-frau-mit-behinderungen-vor-dem-landesverfassungsgerichtshof-berlin.html>.

Barrierefreier Tourismus: ein Blick auf die Reiseplattform und reinhören lohnt sich www.wirsindanderswo.de, u. a. mit Podcast: Der Anderswo-Podcast will mit spannenden Hintergrundgesprächen rund ums nachhaltige Reisen Denkanstöße liefern. Die Gesprächspartner*innen kommen aus verschiedenen Bereichen des nachhaltigen Tourismus. Im Podcast teilen sie ihre Geschichten aus Hotellerie, Gastronomie, Tourismus-Regionen oder Reiseveranstaltung. Jede Podcast-Folge ist zwischen 20 und 60 Minuten lang – genug Zeit, um stressfrei zu plaudern und einem interessanten Thema auf den Grund zu gehen. Abrufbar ist Anderswo – Der Podcast unter <https://www.wirsindanderswo.de/podcast>.

Fonds Soziokultur: Der Fonds Soziokultur vergibt 2,3 Mio. Euro. In drei Förderprogrammen werden bundesweit insgesamt 125 soziokulturelle Organisationen unterstützt. Mehr Infos unter: <https://7fdci.r.sp1-brevo.net/mk/mr/sh/SMJz09SDriOHTzIY-hPCWnrz02SBA/tGuiyGYR8Sgn>.

Bitte um Weiterverbreitung und Unterstützung bei der Suche nach Menschen mit Behinderungen für eine Befragung: Sie schreibt: „Corinna Jordan-Luu: Master-Studentin an der Apollon Hochschule der Gesundheitswirtschaft in Bremen. Ich suche Interviewpartner für meine qualitative Sozialforschung zum Thema: Berufliche Inklusion von Menschen mit einer Schwerbehinderung. Gesucht werden Menschen mit

einer anerkannten körperlichen Schwerbehinderung (mindestens 50 GdB), die bereit sind, über ihre Erfahrungen im Berufsleben zu erzählen. Weiterhin können Menschen mit zerebralen Störungen und Querschnittslähmungen an einem Interview teilnehmen. Es wird zunächst ein Erstgespräch vereinbart und anschließend kann eine Entscheidung über die Teilnahme getroffen werden. Die Interviews finden via Zoom statt und werden anonymisiert. Mit meiner Arbeit möchte ich neue Antworten für das Forschungsgebiet der beruflichen Inklusion finden. Eine Einverständniserklärung liegt ebenfalls bereit. Dort wird die Anonymisierung nochmal bestätigt. Melden Sie sich gerne bei Interesse. corinna.jordan-luu@stud.apollon-hochschule.de.“

Hinweis: Der DBR-Newsletter enthält bzw. verlinkt auf externe Informationen und Inhalte von Dritten. Diese wurden nicht auf Barrierefreiheit geprüft.

Dorothee Czennia
Koordinatorin Deutscher Behindertenrat (DBR)

c/o Sozialverband VdK Deutschland e. V.

Liniestraße 131

Mail: info@deutscher-behindertenrat.de

www.deutscher-behindertenrat.de

